

wurden. Im Mittelpunkt stand dabei der »Festzug der Württemberger am 28. September 1841«, der rund 10000 Teilnehmer umfaßte, »alle Teile des Volkes«, selbst die Frauen, in harmonischer Eintracht zur Parade vereinigte und es so geschickt verstand, die tatsächlichen sozialen, konfessionellen und politischen Spannungen des Landes zu kaschieren. *Otto-Heinrich Elias* skizziert die Grundzüge der Außenpolitik Wilhelms I., und *Gert Kollmer-v. Oheimb-Loup* widmet sich den Faktoren des industriellen Wachstums Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. *Wolfgang Schmierer* zeichnet die Anfänge des Württembergischen Wohltätigkeitsvereins nach, als dessen Nachfolger das heutige »Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg« gelten kann. *Paul Sauer* umreißt das politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben Stuttgarts um 1840. *Volker Schäfer* lenkt die Aufmerksamkeit der Forschung auf den ersten (relativ demokratisch verfaßten) AStA in Deutschland, den Tübinger Ausschuß der Studierenden, der 1821 – kurz nach den Karlsbader Beschlüssen! – als mit Ventilfunktionen versehene Mittelbehörde (zur »Erhaltung der Ordnung unter den Studierenden«) eingerichtet wurde. Obwohl sie der ihr zugedachten Aufgabe durchaus gerecht wurde, erstickte dieses »bemerkenswerte hochschulpolitische Experiment« doch recht bald, 1825, im restaurativen Klima der Ära Metternich.

Der Frühgeschichte des Jubilars schließlich gilt der Beitrag von *Hans-Martin Maurer*: Ähnlich wie andere Geschichtsvereine im Vormärz war auch der Württembergische Geschichtsverein gegründet worden zum Zweck der Denkmalpflege, um die sich der Staat damals noch nicht zu kümmern gewillt war: »Hilfe vor Ort, konkrete Warnung, Beratung und Unterstützung sowie die aktive Sammlung beweglicher Denkmäler und ihre Präsentation für die Öffentlichkeit« waren die selbstgestellten Aufgaben des Vereins, die er mit großem Erfolg bewältigte. Eine »wirklich flächendeckende Denkmalpflege und die fachmännische Betreuung einer großen Denkmälersammlung« freilich mußte die privaten Vereine auf Dauer überfordern. In dem Maße aber, wie diese sich daher für die Institutionalisierung der staatlichen Denkmalpflege einsetzten, entzogen sie sich der Grundlage ihrer eigenen Tätigkeiten und gingen nach und nach ein. Auch der Württembergische Altertumsverein wurde in den 1850er und 60er Jahren von einer Krise ergriffen. Ihm gelang es allerdings, diese zu überwinden, indem er sich auf Publikationen und öffentliche Vorträge konzentrierte und so ein neues Tätigkeitsfeld absteckte, das bis heute sein Renommee begründet. Der vorliegende Band bietet dafür ein gutes Beispiel, auch wenn oder vielleicht gerade weil die kurzen Beiträge nicht beanspruchen, grundlegend neue oder gar abschließende Forschungen zu präsentieren, sondern zur Beschäftigung mit der württembergischen Geschichte um 1840 einladen wollen.

Thomas Kühne

Preußen in Hohenzollern. Begleitband zur Ausstellung Sigmaringen 1995, hg. v. Haus der Geschichte Baden-Württemberg und dem Staatsarchiv Sigmaringen (Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Schwarz-Goldene Reihe, Bd. 2). Sigmaringen: Jan Thorbecke 1995. 216 S., zahlreiche Abb. Kart.

»Mitte rei nach Wirtemberg
hängt a Socke überzwerch,
Stroifle hot er schwarz und weiß,
daß mer g'sieht, er g'hairt de Preuße.«

»Gestreift« und etwas »überzwerch« war auch die Ausstellung im Herbst 1995, in deren »Begleitband« sich dieses Gedicht aus dem 1928 vom »Katholischen Lehrerverband des Deutschen Reiches und dem Verein katholischer deutscher Lehrerinnen« herausgegebenen »Hohenzollerischen Lesebuch« für das 3. und 4. Schuljahr findet. Das Staatsarchiv Sigmaringen illustrierte mit »Flachware«, überwiegend Dokumenten der Zeit, Staat und Preußenbewußtsein, Militär, Wirtschaft, Lebensläufe und nicht zuletzt auch das kirchliche Leben. Das »Haus der Geschichte« dagegen präsentierte einige Dutzend Gegenstände, Getreidekörner und Erbsen von 1856 etwa, die in einer Kapsel im Turmknopf der evangelischen Kapelle der Burg Hohenzollern verwahrt waren, die »Emser Depesche« vom 13. Juli 1870, einen ausgestopften Leopard aus dem Museum im Haus der »Weißen Väter« in Haigerloch oder das Nummernschild der Landesbahnlokomotive »HLB 15«, die am 27. Februar 1945 von Tieffliegern beschossen wurde. Das erklärte Ziel war »eine Art von Collage, eine Ansammlung von Einzelbildern, die sich im Kopf des Betrachters zu einem Gesamtbild zusammensetzen sollen.«

Daß ein solches Gesamtbild im Kopf der Betrachter nur dann wirklich entstanden sein wird, wenn sie entweder altgediente Hohenzollern waren oder – besser noch – sich in den »Begleitband« vertieften und am besten beides zugleich, das spricht nicht gegen eine Ausstellung, die durch eine Dokumentation begleitet werden mußte, und schon der didaktische Zweck hat den Aufwand der Erarbeitung gerechtfertigt. Ein gut gemachter Begleitband – und daß dieser gut gemacht ist, das muß man seinen Bearbeitern lassen – trägt aber auch an und für sich zu diesem Bild bei und dient zugleich der Wissenschaft allgemein, wenn die Ausstellung längst wieder abgebaut ist.

Einen Leser dieses Jahrbuchs wird besonders interessieren, wie die in ihrer großen Mehrheit gut katholischen Bewohner des zum Erzbistum Freiburg gehörigen Ländchens fast ein Jahrhundert lang mit den meist protestantischen Preußen zurechtkamen, auch, wie das regionale Sonderbewußtsein sich alsbald und für lange eher mit der Regierung im fernen Berlin abzufinden bereit war, als sich in die immer offenen Arme der nahen Württemberger oder Badener zu flüchten, wie schließlich aus Schwaben doch so etwas wie Preußen wurden, weil die preußische Regierung zwar bis zum Ende der Monarchie zu vermeiden suchte, sich im »schwarzen Süden« durch ausgesprochene Anhänger der Zentrums-Partei vertreten zu lassen, aber doch klug genug war, nicht gerade die rabiatesten »Kulturkämpfer« nach Sigmaringen, Hechingen, Gammertingen oder Haigerloch zu schicken. Es war altbewährte Praxis gegenüber allen Provinzen der Monarchie und nicht nur Rücksicht auf die Bewohner des Ländchens im Umkreis der »Stammburg« – es waren die Burggrafen von Nürnberg, nicht die Grafen von Zollern, die 1415 in der Kurmark Brandenburg die Herrschaft übernahmen! – wenn Preußen mehr und mehr dezentral verwaltet und seinen Teilen ein beträchtliches Maß an provinzieller Selbstverwaltung gewährt wurde – eine Voraussetzung für den im ganzen doch fast selbstverständlichen Wandel von preußischen Provinzen zu deutschen Ländern nach 1945/47 und wieder nach 1989. In den süddeutschen Staaten – und nicht nur in Bayern – war der Durchgriff der Zentrale viel härter; noch heute trauern auch deshalb nicht wenige Ältere dem nach fast hundertjährigen Bestehen 1971/73 von »Stuttgart« ziemlich rüde aufgehobenen »Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande« nach.

Die vielen in diesem Band abgedruckten Dokumente, meistens nur wenig gekürzt, nicht wenige davon vorher ungedruckt, die illustrativen Abbildungen, die Porträts und Kurzviten einiger zu Hohenzollern gewordener Preußen (und zu Preußen gewordener Hohenzollern), auch und gerade der nicht sehr umfang-, aber doch inhaltsreiche Abschnitt über die Kirchen bereichern unser Wissen und machen das Bild, das wir von der jüngeren Geschichte des Südwestens haben, um einiges reicher und lebendiger. Hohenzollern und Preußen, Badenern und Württembergern und allen anderen, die sich mit der inneren Geschichte Deutschlands von der Mitte des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts befassen, sei deshalb ein eingehendes Studium dieses Begleitbandes dringend empfohlen.

Bernhard Mann ✓

Quellen zur Verfassung von Württemberg-Baden. Teil 1, bearbeitet von PAUL SAUER (Veröffentlichungen zur Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg seit 1945, Bd. 12). Stuttgart: W. Kohlhammer 1995. XII, 388 S. Geb. DM 58,-. ✓

Nach der stattlichen Reihe der Quellen zur Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg legt nun die Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg den ersten Band einer zweiten Reihe mit den Quellen zur Verfassungsgeschichte der Vorgängerstaaten vor. Den Anfang machen die Protokolle des Verfassungsausschusses von Württemberg-Baden. Am 12.2.1946 hatte die amerikanische Militärregierung das einzuschlagende Verfahren und den Zeitplan vorgegeben. Am 12.3.1946 fand die erste Sitzung des Ausschusses statt, der am 15.6. seinen Entwurf der Militärregierung vorlegte.

Der Ausschuss setzte sich zusammen aus je zwei Vertretern der CDU, DVP, SPD und KPD, den drei Oberbürgermeistern von Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim, sowie vier Sachverständigen. Über die Stimmberechtigung der Minister hatte es Meinungsverschiedenheit gegeben, die dann aber zugunsten der Minister entschieden wurde. Ministerpräsident Maier nahm an den Sitzungen nicht regelmäßig teil, dafür Justizminister Beyerle und Innenminister Ulrich, später dann auch Kultminister Heuß. Mit dem Vorsitz hatte Reinhold Maier Württembergs erfahrensten Parlamentarier beauftragt, den 76jährigen Wilhelm Keil, der seine Sache ausgezeichnet bewältigte. Von den Sachverständigen